

## Datenschutz – Newsletter 10/2012

### Datenträgervernichtungsservice – DATENKILLER unsere neue Dienstleistung

Liebe Leser,

folgende informative Themen haben wir für Sie diesen Monat vorbereitet:

**Daten zu EnBW-Deal gelöscht: Mappus ließ Festplatte vernichten**

**Neue Zahlen: Berlin fragt millionenfach Handydaten ab**

**Melderegister: Städte machen Millionen mit Datenhandel**

---

### **Daten zu EnBW-Deal gelöscht: Mappus ließ Festplatte vernichten**

**Delikates Detail zum EnBW-Deal: Nach seiner Abwahl im Frühjahr 2011 ließ Stefan Mappus die Festplatte seines Arbeitscomputers ausbauen und zerstören. Wichtige Daten zum umstrittenen Kauf des Energiekonzerns gingen verloren. Die Anwälte des früheren CDU-Ministerpräsidenten verstehen die Aufregung nicht. Die rot-grüne Regierung sieht dagegen darin den Vorwurf der Vertuschung bestätigt.**

Zentrale Daten unter anderem zum umstrittenen EnBW-Aktiendeal sind möglicherweise unwiederbringlich gelöscht. Der frühere Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) hat nach seiner Abwahl im März 2011 offenbar Daten beseitigen lassen. Die Stuttgarter Zeitung berichtete unter Berufung auf Mappus' Anwälte, dieser habe die Festplatte seines Arbeitscomputers im Staatsministerium ausbauen und vernichten lassen.

Darauf hätten sich „zahlreiche CDU-Dateien, private Dateien unseres Mandanten sowie „Dritter“ befunden, zitierte das Blatt die Anwälte. Die Juristen nannten dies eine „völlig übliche Verfahrensweise“, die Löschaktion sei zudem „kein Geheimnis“ gewesen.

Der SPD-Obmann im EnBW-Untersuchungsausschuss, Andreas Storch, nannte die Aktion dagegen ein „weiteres Puzzleteil in der Geschichte des Täuschens und Vertuschens“ des im Vorjahr abgewählten CDU-Regierungschefs: „Nur wer ein schlechtes Gewissen hat, lässt seine Festplatte ausbauen und vernichten.“ Normal wäre gewesen, lediglich private Korrespondenz zu löschen.

Das heute von den Grünen geführte Staatsministerium, sowie die Stuttgarter Staatsanwaltschaft zeigten sich dem Zeitungsbericht zufolge ebenfalls überrascht. Die grün-rote Landesregierung hatte nach der Regierungsübernahme nach Unterlagen über den umstrittenen EnBW-Aktienankauf durch Mappus gesucht und kaum Dokumente gefunden.

„Dass es Stefan Mappus nicht reichte, die Daten einfach zu löschen, sondern er gleich die ganze Festplatte zerstören lässt, schürt den Verdacht, dass uns immer noch Korrespondenz vorenthalten wird“, sagte der Grüne-Obmann im EnBW-Untersuchungsausschuss, Uli Sckerl, in Stuttgart.

Das Staatsministerium ließ verlauten, der Vorgang werde geprüft und kündigte für den Nachmittag eine Mitteilung an. Stoch und Sckerl verlangten eine interne Aufklärung und gegebenenfalls dienstrechtliche Konsequenzen für die Helfer von Mappus.

*Quelle: Süddeutsche*

## **Neue Zahlen: Berlin fragt millionenfach Handydaten ab**

**Die umstrittene Funkzellenabfrage kommt in Mode: Mehr als 6,6 Millionen Datensätze hat die Berliner Polizei zwischen 2009 und 2012 von Mobilfunk Providern bekommen. Doch nur in 116 Fällen gab es brauchbare Hinweise.**

Hamburg - Die Berliner Polizei greift bei ihren Ermittlungen auch nach Kritik weiter zu der umstrittenen Funkzellenabfrage. Von 2009 bis Juli 2012 wurden in 1408 Fällen Daten von den Mobilfunk Providern gesammelt. Das teilte der Berliner Senat auf einer Sitzung des Innenausschusses am Montag mit. Anfang des Jahres waren erstmals Zahlen bekannt geworden, seitdem sind 128 Verfahren mit insgesamt 200 Funkzellenabfragen hinzugekommen.

302 Verfahren im Zeitraum 2009 bis April 2012 wurden genauer aufgeschlüsselt. Dabei sind mehr als 6,6 Millionen Datensätze ausgewertet worden. Bei der nicht-individualisierten Funkzellenabfrage wird ausgewertet, welches Handy zu welchem Zeitpunkt in einem bestimmten Gebiet war. 5383 Mal wurde demnach der Anschlussinhaber ermittelt, woraus sich schließlich 116 "neue Ermittlungsinhalte" ergaben.

Christopher Lauer, Chef der Berliner Piratenfraktion, kritisierte die Datenabfrage als unverhältnismäßig. Mehrere tausend Unschuldige seien so in den Fokus von Ermittlungen geraten, "nur weil sie sich zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Nähe einer Straftat aufgehalten haben", sagte er SPIEGEL ONLINE. Die Berliner Piraten fordern einen restriktiveren Einsatz sowie dass Betroffene nach der Abfrage informiert werden müssen.

Die Polizei setzte die massenhafte Abfrage unter anderem ein, um Autobrandstiftern auf die Spur zu kommen. Der Senat hat 302 Verfahren im Zeitraum von 2009 bis April 2012 genauer aufgeschlüsselt. Dabei handelt es sich in 33 Verfahren um Ermittlungen in Zusammenhang mit Brandstiftung. In 215 Verfahren ging es um bestimmte Bandendelikte, in 15 um Mord oder Totschlag, in 31 um Raub oder Erpressung, in 4 um Vergewaltigung und in 3 um Betäubungsmitteldelikte.

*Quelle: Spiegel*

## Melderegister: Städte machen Millionen mit Datenhandel

**4,5 Millionen Auskünfte, mehr als 12 Millionen Euro Umsatz im Jahr: SPIEGEL ONLINE hat untersucht, wie viele Einwohnerdaten die größten deutschen Städte verkaufen und was ihnen das einbringt. Die Bürger können sich kaum wehren.**

Der deutsche Staat verpflichtet seine Bürger per Gesetz, Meldeämtern jeden neuen Wohnort mitzuteilen. Die Ämter dürfen diese Adressen und Namen ganz ohne Zustimmung der betroffenen Bürger grundsätzlich an Unternehmen verkaufen, so steht es im deutschen Melderechtsrahmengesetz. Informationen über Vor- und Familiennamen, Doktorgrad und Anschrift dürfen die Melderegister an Firmen und Privatpersonen herausgeben.

Das tun deutsche Städte und Gemeinden im enormen Umfang. Sie geben Unternehmen, Privatpersonen und Stellen wie der GEZ Auskunft über ihre Einwohner. Einige Städte erfassen nicht einmal, wie viele Informationen sie an wen weitergeben.

SPIEGEL ONLINE hat von den 35 einwohnerstärksten Städten Deutschlands Auskünfte zum Umfang der Melderegisterauskünfte und zum Gebührenumsatz eingeholt und für die Jahre 2009, 2010 und 2011 Daten aus 28 Städten mit insgesamt 17,5 Millionen Einwohnern ausgewertet.

Die wichtigsten Erkenntnisse:

- Die 28 untersuchten Städte haben im Jahr 2011 mehr als **4,5 Millionen Datensätze** ihrer Einwohner weitergegeben.
- Rechnet man die Quote der erteilten Auskünfte je Einwohner in den untersuchten Städten auf ganz Deutschland hoch, ergibt das bundesweit **21,1 Millionen aus den Melderegistern erteilte Auskünfte**, allein im Jahr 2011.
- Die 28 untersuchten Städte nahmen 2011 gut **12,1 Millionen Euro mit der Herausgabe von Meldedaten** an Firmen und Privatpersonen ein (2009 waren es in 25 Städten 12 Millionen, 2010 in 26 Städten 11,4 Millionen Euro).
- Absolut am meisten Gebühren für die einfachen Auskünfte erhoben **Hamburg** (1,9 Millionen Euro) und **Berlin** (1,33 Millionen Euro).
- Rechnet man das Verhältnis von Gebühreneinnahmen zur Einwohnerzahl der 28 untersuchten Städte auf 81,8 Millionen Bundesbürger hoch, ergibt das deutschlandweit **56,4 Millionen Euro Gebühren aus dem Melderegisterhandel** im Jahr 2011.
- Die meisten **Auskünfte je Einwohner** erteilten 2011 die Städte **Karlsruhe, Hannover und Magdeburg**, die wenigsten **Braunschweig, Nürnberg und Hamburg**.
- Die **höchsten Gebühreneinnahmen je Einwohner** erwirtschafteten 2011 **Wuppertal** (1,53 Euro) und **Mannheim** (1,44 Euro), die niedrigsten **Dresden** (0,20 Euro), **Halle** (0,25) und **Bielefeld** (0,30 Euro).

Quelle: Spiegel